Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 34 — München, 22. August 1930 — 17. Jahrgang

1930	Wochenkalender		5690
	Aug.	Aw	Bemerkungen
Sonntag	24	30 ראש חדש יום א׳	
Montag	25	Elul 1 ראש חדש יום ב׳	
Dienstag	26	2	
Mittwoch	27	3	
Donnerst.	28	4	
Freitag	29	5	
Samstag	30	6	שפטים הפטרה אנכי אנכי (Jes. 51, 12—23. 52, 1—12) (P. R. פרק א׳)

Das Jüdische Echo

Nummer 34 — 22. August — 17. Jahrgang

Der 14. September — — — ein Schicksalstag!

Von Dr. Ludwig Freund

Wie aus einem Inserat dieser Nummer ersichtlich, hat sich in München ein „Wahlkampfausschuß 1930 des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Verbindung mit anderen Organisationen" gebildet, dem insbesondere auch Vertreter der Zionistischen Ortsgruppe angehören. Angesichts des schweren Kampfes, den die gesamte deutsche Judenheit heute um ihre Existenz zu führen hat, ist die Bildung einer solchen gemeinsamen Front nur zu begrüßen. Aus den Kreisen des Wahlkampfausschusses geht uns der nachfolgende Artikel zu, den wir gerne veröffentlichen, um unsere grundsätzliche Übereinstimmung mit seinen Forderungen zum Ausdruck zu bringen und zu unterstreichen, wenn wir auch nicht mit allen seinen Formulierungen einverstanden sein können. D. Red.

Es erübrigt sich, über die wachsende Gefahr des Nationalsozialismus große Worte zu verlieren. Jedem sind die entscheidenden Tatsachen mehr oder weniger bekannt. Die wirtschaftliche Krise, die soziale Not sind Helfershelfer radikaler politischer Bestrebungen. Sie führen diesen Bestrebungen immer neue Scharen unzufriedener und verbitterter Menschen zu. Ohne eine Spur von Parteilichkeit gegenüber dem bestehenden System muß doch mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß im Hinblick auf die gefährlichen Formen der Propaganda, die gerade die nationalsozialistische Partei und ihre Anhänger betreiben, die maßgebenden Stellen die richtigen Maßnahmen zur rechten Zeit versäumten. Hätte man sich zu strengen und durchgreifenden Maßnahmen gegenüber dem staatsfeindlichen und volksspaltenden Nationalsozialismus noch vor einigen Jahren entschlossen, so wäre er heute nicht in der Lage einen weithin sichtbaren Schatten auf die zukünftige Entwicklung der Dinge in Deutschland zu werfen und finstere Ahnungen für die Zukunft aufsteigen zu lassen. Die „drakonischen Maßnahmen", die jetzt gegen den Nationalsozialismus ergriffen werden, treffen eine starke, geschlossene, in ihrer Gesinnung verhärtete, in der Entschlossenheit ihrer Anhänger unerschütterte Partei, deren Gefüge heute nicht mehr durch amtliche Dekrete und Verordnungen ins Wanken gebracht werden kann.

Diese Feststellung sei vorausgeschickt. Daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Schichten des deutschen Volkes in sich schließt, die durch wahnwitzige und hemmungslose Propaganda in einen maniakalischen, krankhaften Haß gegen alles Jüdische hineingesteigert wurde, dürfte jedem hinlänglich bekannt sein. Und doch ist es notwendig, an diese selbstverständlichen Tatsachen mit allem Nachdruck, der zu Gebote steht, zu erinnern. Wir wissen, daß sich eine Menge Juden angesichts der traurigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland der Hoffnungslosigkeit, dem Fatalismus verschrieben haben. Sie glauben die Dinge nicht ändern zu können und überlassen sie ihrem verhängnisvollen Lauf. Sie haben es aufgegeben, große Berechnungen für die Zukunft und über die Zukunft anzustellen. Sie halten die Entwicklung, wie sie geworden ist und wie sie weiter wird, für unabänderlich. Ihr Interesse ist abgestorben an den unmittelbarsten Angelegenheiten, die sie angehen. Sie machen sich keine Gedanken darüber, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse, die sozialen Beziehungen, die politischen Zusammenhänge, die sich morgen herausstellen, ihr persönliches Schicksal entscheidend zu beeinflussen vermögen und daß eine nationalsozialistische Diktatur, deren Möglichkeit — was einmal ganz offen ausgesprochen werden soll — gar nicht so ferne liegt, jedem einzelnen Juden in Deutschland die Gefahr seiner wirtschaftlichen, sozialen, persönsichen Existenzvernichtung vor Augen rückt. Der jüdische Mann und die jüdische Frau, die am 14. September von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen, verabsäumen nicht nur ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland, dessen Geschick durch die Gesinnung des Volkes, die sich im Wahlzettel manifestiert, entschieden wird. Sie verabsäumen nicht nur ihre Pflicht gegenüber der deutschen Judenheit, die am 14. September als wirtschaftliche, soziale und religiöse Gruppe einen Kampf auf Leben und Tod mit ihren unerbittlichen Gegnern führt. Sie verabsäumen und verletzen auch das einfache Gebot der Vernunft, von dem elementarsten und wichtigsten Recht, das jeder Staatsbürger in Deutschland besitzt, d. h. vom aktiven Wahlrecht, so Gebrauch zu machen, daß auf Grund ihrer Stimmabgabe jeweils eine gegnerische Stimme, die die jüdischen Existenzgrundlagen vernichten will, aufgehoben und unwirksam gemacht wird. Das ist die billigste Forderung im wohlverstandenen und eigensten persönlichen Interesse, im Interesse der Selbsterhaltung, eine Forderung, die man an alle jüdischen Bürger des deutschen Staates richten kann und richten muß: Wählt, damit durch eure Stimme wenigstens eine entsprechende Stimme des Feindes paralysiert wird! Und wählt, damit der größtmögliche Erfolg denjenigen Parteien gesichert wird, die eure Rechte nicht schmälern und die Gleichberechtigung aller Bürger verteidigen!

Die Frage ist berechtigt: Welche Parteien können die jüdischen Staatsbürger wählen, ohne sich selbst ihr Grab zu schaufeln? Ohne irgendeine Partei besonders hervorzuheben, sei diese Frage knapp und klar beantwortet. Sämtliche Parteien, die den Nationalsozialismus energisch bekämpfen, verdienen Förderung, vom jüdischen Standpunkte aus gesehen. Es ist selbstverständlich, daß jeder Jude die Partei wählt, zu der er sich weltanschaulich hingezogen fühlt. Daß er aber antisemitische Parteien nicht unterstützt, folgt schon aus einfachster Erwägung politischer und persönlicher

Selbsterhaltung. Antisemitische Partei in diesem Sinne ist die Nationalsozialistische Arbeiterpartei. Die Deutschnationale Volkspartei verficht gleichfalls antisemitische Programmpunkte. Der Umstand, daß einzelne Führer der Deutschnationalen Volkspartei den Judenhaß nicht propagieren, kann nicht Anlaß dazu geben, dieser Partei als solcher Vertrauen entgegenzubringen. So lange die Deutschnationale Volkspartei in Fragen völkischer Politik mit den Nationalsozialisten paktiert, und so lange sie ihre eigenen antisemitischen Programmpunkte nicht offiziell aufgibt, muß sie als antisemitische Partei angesehen und behandelt werden. Also, keine jüdische Stimme keiner von diesen Parteien!

Als n i c h t judenfeindlich sind anzusehen: Sozialdemokratische Partei, Demokratische Partei (Deutsche Staatspartei), Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Bauernbund, Bayerische Volkspartei und Zentrum. Von den beiden neugebildeten Rechtsgruppen hat die Landvolk-Partei in Bayern keine praktische Bedeutung. Die Volkskonservativen haben im Hinblick auf die Judenfrage noch keine klare Stellungnahme vollzogen. Es gibt in ihren Reihen einige judenfeindliche Elemente, aber auch solche, die sich dem Judentum nicht feindlich gegenüberstellen. Eine programmatische Festlegung der Partei nach dieser Richtung ist, wie gesagt, noch nicht erfolgt.

Unter den genannten Parteien verlangt die aus der Deutsch-Demokratischen Partei und der Volksnationalen Reichsvereinigung hervorgegangene Neugründung der „Deutschen Staatspartei" einige ergänzende klärenden Bemerkungen. Die in der Partei zusammengeschlossenen Angehörigen der ehemaligen Deutsch-Demokratischen Partei sind absolut unverdächtig in bezug auf die Judenfrage. Sie haben sich aber in eine Gemeinschaft mit Herrn Mahraun und seiner Gefolgschaft aus dem Jungdeutschen Orden begeben. Herr Mahraun und seine Anhänger haben vor Jahren eine extrem judenfeindliche Politik betrieben. Noch heute besteht im Jungdeutschen Orden der Arier-Paragraph, der die Aufnahme von Juden verbietet. Herr Mahraun hat sich aber im Laufe der Zeit gewandelt, und schon bei der Gründung der Volksnationalen Reichsvereinigung hat er erklärt, daß er im staatlich-politischen Leben Deutschlands für die unbedingte Gleichberechtigung aller Staatsbürger, gleich welcher Abstammung und welcher Konfession, eintrete. Er hat diese Erklärung vor kurzem öffentlich wiederholt und er sowohl wie seine Anhänger haben seit Jahren einen besonders scharfen Kampf gegen die Nationalsozialistische Arbeiterpartei geführt. Es scheinen nach objektiver Beurteilung und Würdigung all dieser Momente keine Hinderungsgründe für jüdische Menschen zu bestehen, für die Deutsche Staatspartei einzutreten. Bei sämtlichen Parteineugründungen, die sich in den letzten Wochen vor unseren Augen vollzogen haben, lassen sich ganz eindeutige und sichere Voraussagen für die Entwicklung der Zukunft natürlich nicht geben. Der innere Gehalt junger Gruppen entwickelt sich oftmals erst im Laufe der Kämpfe, denen sie ausgesetzt sind, und auf Grund der inneren Zusammenarbeit der verschiedenen Teile, die sich zu einer neuen Einheit zusammengeschlossen haben. Daher sind alle Prognosen mit Vorsicht zu stellen. Wir glauben aber mit Sicherheit aussprechen zu können, daß die Deutsche Staatspartei auf jeden Fall eine judenfeindliche Politik abwehren wird.

Auch im Hinblick auf die Deutsche Volkspartei ist eine Klarstellung wohl angezeigt. Die Deutsche Volkspartei im Reiche hat seit einiger Zeit den Kampf gegen den Nationalsozialismus aufgenommen. Allerdings hat ihre Haltung in Thüringen und in Sachsen zu vielerlei Bedenken Anlaß gegeben. Die Haltung, die sie in diesen beiden Ländern eingenommen hat, ergab sich jedoch — wie der Objektivität und Unparteilichkeit halber hier festgestellt werden muß — nicht als Folge einer irgendwie gearteten Judenfeindschaft in den Kreisen der Deutschen Volkspartei, sondern aus lokal-politischen Erwägungen und Nützlichkeitsgründen, für die die Deutsche Volkspartei in den beiden Ländern sich entscheiden zu müssen glaubte und die wir hier im einzelnen auseinanderzusetzen uns versagen müssen, weil die Behandlung dieser Frage in diesem Zusammenhange weniger aktuell ist. Bemerkenswert ist auf jeden Fall aber das Verhalten des augenblicklichen Führers der Deutschen Volkspartei, der eine gewisse Bereitwilligkeit zu einer eventuellen parlamentarischen Verbindung mit den Nationalsozialisten nach den Wahlen zu erkennen gibt. Auch dieses Verhalten ist augenscheinlich diktiert von allgemeinen Zweckmäßigkeitserwägungen, in welchen die Rücksicht auf irgendwelche jüdischen Interessen keine Rolle spielt. Diese letztere Einstellung hat in bezug auf bürgerliche und sozialistische Parteien Deutschlands nichts Außerordentliches an sich. Man kann sie bekanntlich zuweilen auch bei maßgeblichen Herren solcher Parteien wahrnehmen, die sich im übrigen heftig dagegen sträuben, etwa als antisemitisch angesehen oder bezeichnet zu werden und die auch alles andere als ein antisemitisches Programm haben. Ein antisemitisches Programm hat auch die Deutsche Volkspartei keineswegs.

Überhaupt ist es nötig, den jüdischen Staatsbürger darüber zu belehren, daß er sich durch falsche Illusionen in seiner Stellungnahme zu den Parteien nicht hinreißen lassen möge. Der Durchschnittsbürger verlangt im allgemeinen von den Parteien, daß sie ihre Politik restlos nach seinen privaten Wünschen und Bedürfnissen einrichten. Man weiß, daß in dem Wirrwarr politischer Verhältnisse, wie sie gegenwärtig herrschen, keine Partei dieser Forderung genügen kann und daß heute jede Partei in irgendeiner Beziehung jeden Bürger mehr oder weniger enttäuscht. Wir Juden insbesondere haben Grund uns zu überlegen, daß wir eine außerordentlich bedeutungslose Minderheit im deutschen Volksganzen bilden. Parteien sind oft zu Kompromissen bereit. Und wenn sie Kompromisse schließen, dann schließen sie sie auf einer Grundlinie, die zugleich die Linie des geringsten Widerstandes darstellt. Und auf der Linie des geringsten Widerstandes bleibt dann sehr oft dieses oder jenes Interesse der bedeutungslosen Minderheit als Opfer auf der Strecke. Die Parteien gewöhnen sich mehr und mehr daran, Rücksichten auf bedeutungslose Minderheiten zu vernachlässigen. Jede Schicht des Volkes muß harte Opfer in dieser Zeit bringen. Wir Juden in Deutschland haben erfahren, daß uns oftmals h ä r t e s t e r Verzicht und s c h w e r s t e Opfer aufgebürdet werden nicht nur im Materiellen, noch viel mehr in seelischer Beziehung und in unserer G e l t u n g als Staatsbürger, als Glieder des Staatsvolkes. Ich sage: wir dürfen uns durch diese Verhältnisse nicht verbittern lassen. Die Parteien ohne antisemitisches Programm sind unser letzter Schutz und wenn sie hie und da Kompromisse schließen und Bündnisse eingehen, die uns in unserer Eigenschaft als Juden unsympathisch sind, so ist das das kleinere Übel, das wir hinnehmen müssen. V e r h i n d e r n aber müssen wir auf jeden Fall, daß unser v i t a l e s Interesse, daß unsere Existenz durch eine bedingungslose H e r r s c h a f t antisemitischer Gruppen vernichtet wird!

Wir haben so die Stellung der Parteien aus der Perspektive des jüdischen Staatsbürgers heraus gekennzeichnet. Möge jeder wahlberechtigte Jude, der diese Zeilen liest, die praktische Folgerung daraus ziehen. Möge er sich für die Partei entscheiden, die gemäß seiner eigenen Weltanschauung und nach eingehender Prüfung der vorstehenden Ausführungen sein Vertrauen genießt! Möge er aber vor allem handeln und nicht resignieren! Eine Zeit, die so von Gefahren angefüllt ist wie die unsrige, fordert die Tat! Und dieser Forderung wird sich niemand verschließen, der Verantwortungsgefühl besitzt gegenüber der Gemeinschaft, der er angehört, und gegenüber der eigenen Zukunft. Es geht um alles!! Darum auf zur Wahl!! Und niemand fehle!!

Die Kandidatenliste der Staatspartei

Über die Kandidatenliste der Staatspartei, ein Problem, auf das wir schon im Leitartikel unserer letzten Nummer hingewiesen haben, äußert sich die „Jüdische Rundschau" in folgenden Ausführungen, denen wir nur zustimmen können.

„Wir haben bisher in der „Jüdischen Rundschau" vor einer abschließenden Beurteilung der Deutschen Staatspartei gewarnt, solange die endgültige Kandidatenliste dieser Partei nicht vorliegt. Die verschiedenen Erklärungen der einzelnen Führer der Staatspartei, Mahrauns, Kochs und anderer, so ernst sie auch gemeint sein mögen, besagen, im Grunde genommen, doch nicht viel, da erfahrungsgemäß vor Wahlen alles Mögliche und dies im besten Glauben versprochen und dann nach den Wahlen doch nicht gehalten wird. Maßgebend sind die Taten. Und die einzige sichtbare Tat vor der Wahl ist eben die Aufstellung der Kandidaten. Die bisherige demokratische Partei, deren Wähler wohl auch den Hauptstock der staatsparteilichen Anhänger bilden, pflegte auf die Notwendigkeiten der deutschen Politik im Hinblick auf den Antisemitismus Rücksicht zu nehmen. In der Person eines prominenten Kandidaten trug sie der Notwendigkeit Rechnung, im Reichstag einen energischen sachkundigen Kenner der jüdischen Wählerschaft zu besitzen. Diese Rolle versah der verstorbene Dr. Ludwig Haas, ohne daß er gerade seiner Eigenschaft als Jude die Nominierung und Wahl zu verdanken hatte. In den ersten Besprechungen der neugegründeten Staatspartei wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß man wieder einen jüdischen Kandidaten an aussichtsreicher Stelle auf die Liste setze. Seitens der neuen nichtdemokratischen Partner der Staatspartei wurde jedoch offen erklärt, daß man einen jüdischen Kandidaten nicht als jüdischen Kandidaten aufstellen wolle, daß man aber geneigt sei, einer jüdischen Persönlichkeit, der man eine allgemeine politische Bedeutung zumessen könne, einen Platz einzuräumen. Diese Bereitwilligkeit ist bisher nicht verwirklicht worden. Und soweit die Kandidatenliste der Staatspartei bekannt ist, scheint geradezu die Absicht vorzuliegen, eine jüdische Kandidatur zu unterdrücken. Die jüdische Wählerschaft der Staatspartei kann sich absolut nicht damit zufrieden geben, daß der Judenstämmling Oscar Meyer vom jüdischen Standpunkte aus als vollwertiger jüdischer Kandidat angesehen werde. Die Kandidatur Georg Bernhards stößt beim Aktionsausschuß der Staatspartei auf die allergrößten Schwierigkeiten. Der demokratische Ausschuß des Wahlkreises Potsdam I hat sich einstimmig für ihn erklärt, der Aktionsausschuß der Staatspartei ist jedoch gegen ihn, angeblich aus privaten Gründen. Nun, es muß ja nicht gerade Georg Bernhard sein, es gibt in Deutschland genug prominente Juden, die befähigt sind, in besonderem Maße die jüdischen Interessen wahrzunehmen. Aber an Stelle Georg Bernhards den bisherigen deutschnationalen Gewerkschaftsführer Arthur Adolf zu setzen, erscheint uns als kein Zeichen von Bereitwilligkeit, berechtigten Wünschen der jüdischen Wählerschaft entgegenzukommen. Die Frage der Kandidatur in Potsdam I ist noch nicht entschieden. Der ‚Vorwärts' behauptet zwar, daß die Entscheidung bereits für Arthur Adolf gefallen sei, ‚Berliner Tageblatt' und ‚Vossische Zeitung' widersprechen jedoch dieser Meldung und behaupten, daß die endgültige Entscheidung erst nächste Woche fallen wird. Soweit sich bisher feststellen läßt, hat der Plan, an Stelle Georg Bernhards Arthur Adolf aufzustellen, in jüdischen Kreisen stärkstes Befremden hervorgerufen. Man erblickt in diesem Vorgehen geradezu eine Brüskierung der jüdischen Wähler und die ausgesprochene Tendenz, den von Mahraun angekündigten Anschluß an rechts herzustellen. Die jüdische Wählerschaft ist infolge ihrer Schichtung nicht ohne weiteres rechten oder linken Parteien zuzuzählen. Immerhin schreibt ihr jüdisches Interesse vor, sich nicht die Brücken zu jenen Parteien in Deutschland zu verbauen, die bisher bewiesen haben, daß sie nicht geneigt sind, den Antisemitismus des Wortes und der Tat mitzumachen. Wenn die Deutsche Staatspartei Gewicht darauf legt, die Unterstützung jüdischer Wähler zu finden, so muß sie sich davor hüten, den Antisemitismus des Jungdeutschen Ordens zu übernehmen." j. r.

Arbeitstagungen

(Zu den bevorstehenden Beratungen in Berlin)

Am 24. August beginnen in Berlin, wie bereits berichtet, die Tagung des Zionistischen Aktionskomitees, am 29. August ebenfalls in Berlin die des Administrativkomitees der Jewish Agency. Beide Tagungen werden in der Hauptsache Beratungen über die laufende Aufbauarbeit in Palästina sein. Jenseits von aller Politik und allen Äußerungen und Gegenäußerungen des Colonial Office in London und der Mandatskommission in Genf stehen die Notwendigkeiten des palästinensischen Lebens, stehen die Bedürfnisse des Jischuw und geht das Werk des Aufbaus weiter. Dieses Werk ist nicht ein isoliertes Unternehmen, das nur die Juden in Palästina angeht. Es ist die Sache der jüdischen Gesamtheit und niemals statisch sondern nur dynamisch zu begreifen. Sinn der Arbeit in Palästina ist nicht das Bestehende, sondern immer das im weitesten Ausmaße in jenem Lande Mögliche. Was dort gebaut wird, ist nicht lediglich die Errichtung einer jüdischen Kolonie neben vielen anderen jüdischen Kolonien in der ganzen Welt, sondern das jüdische Nationalheim, welches berufen ist, Zentrum des jüdischen Volkstums in der ganzen Welt zu sein. Die Aufbauarbeit in Palästina kann durch politische Konstellationen beschleunigt, sie kann durch unangenehme Zwischenfälle verzögert werden. Eine Ruhepause kann jedoch in dieser Arbeit nicht eintreten, denn das jüdische Aufbauwerk in Palästina hat bereits Eigenleben gewonnen und strebt zur Entfaltung und Ausdehnung. Dieser Tatsache müssen jene Organisationen, deren Hauptaufgabe die

Unterhaltung dieses Aufbauwerkes ist, Rechnung tragen.

Darum werden Aktionskomitee und Administrativkomitee trotz des verständlichen Wunsches, sich hauptsächlich mit politischen Fragen zu beschäftigen, nicht umhin können, ihre besondere Aufmerksamkeit den Realitäten des jüdischen Lebens in Palästina zuzuwenden. Die aus Palästina zu den Tagungen kommenden Vertreter werden in dieser Hinsicht zweifellos die vorwärtstreibenden Kräfte sein. Zionisten und Palästinafreunde in der Galuth begleiten die Arbeit in Palästina mit ihren Sorgen und mit ihren Wünschen; mitten drin in dieser Arbeit stehen sie jedoch nicht. Und darum sind sie in höherem Maße als die Palästinenser geneigt, im gegenwärtigen Augenblick nur die politischen Momente und nicht die praktischen Dinge des Alltags zu sehen. Auch die Palästinenser verfolgen, was nur selbstverständlich ist, die politische Entwicklung, die auf Palästina Bezug hat, mit lebhaftester Neugier und brennendstem Interesse — aber daneben fordern tausenderlei Notwendigkeiten des Alltagslebens in Palästina ihr Recht. Sicherlich ist das Palästinawerk von der jeweiligen politischen Konstellation abhängig. Aber mag die politische Lage wie immer sein, innerhalb des gegebenen politischen Rahmens sind stets Betätigungsmöglichkeiten vorhanden und diese dürfen in keinem Augenblicke ungenutzt bleiben.

Es ist leider vorauszusehen, daß die Teilnehmer an den Berliner Tagungen vorläufig keine abgeschlossenen Resultate der seit vielen Monaten schwebenden politischen Differenzen hinsichtlich des Status von Palästina und der dortigen jüdischen Arbeit erfahren werden. Es ist nicht einmal anzunehmen, daß der Bericht von John Simpson in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit bekannt werden wird. Dieser Bericht soll die Voraussetzung für die Entscheidung über die Aufhebung der Arbeitereinwanderung und Weisungen über die Formen des zukünftigen Bodenerwerbes bringen. Immerhin bietet auch der gegenwärtige Augenblick, unbeschadet möglicher kommender Neuregelungen, sehr viele Möglichkeiten gerade auf dem Gebiete des Bodenerwerbes und der Inaugurierung neuer Arbeiten. Darum wird die Budgetfrage im Zusammenhange mit den laufenden und den neu aufzunehmenden Arbeiten bei den Beratungen beider Körperschaften eine große Rolle spielen. Alle Zionisten und Palästinafreunde sind der unerschütterlichen Zuversicht, daß eine Ausdehnung des Palästinawerkes unter allen Umständen möglich sei und auch kommen wird. Voraussetzung jedoch für die künftige Arbeit ist eine restlose Befestigung all jener Stützpunkte, über welche wir schon heute im Lande verfügen. Es ist schon vielfach auch in nichtjüdischen Zeitungen hervorgehoben worden, daß Palästina gegenwärtig in Anbetracht der in der ganzen Welt herrschenden Krise geradezu eine glückliche Oase darstellt. Diese Feststellung trifft jedoch nur in gewisser Hinsicht zu, soweit sie sich auf die palästinensische Industrie und auf den Pflanzungsbau bezieht. Auch die Frage der Arbeiterbeschäftigung steht in Palästina, verglichen mit den Verhältnissen in der ganzen Welt, günstig. Betrachtet man aber das Problem der palästinensischen Landwirtschaft, und zwar unterschiedslos der jüdischen und arabischen, so kommt man zu der Erkenntnis, daß die Weltgetreidekrise, die bis jetzt geherrscht hat, sich in ihren schlimmen Auswirkungen auch auf Palästina erstreckte. Man kann im Augenblick nicht voraussagen, wie sich die Lage der Getreidemärkte im nächsten Jahre gestalten wird. Es ist aber schwer zu glauben, daß auf diesem Gebiete eine radikale Gesundung innerhalb kurzer Zeit eintreten kann. Darum wird die palästinensische Landwirtschaft bei den Beratungen über unser Arbeitssystem im Lande in den kommenden Tagungen eine besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Die Lage der Kolonien im Emek ist, abgesehen von den schlimmen Auswirkungen der Mäuseplage, wenig erfreulich. Man wird sich schlüssig werden müssen, ob das gesamte System der Arbeit im Emek nicht dringend einer Umstellung bedarf. Besonders sorgsam wird man sich mit der Frage der Plantagenwirtschaft in Palästina beschäftigen müssen. Diese scheint aller Voraussicht nach der zukunftsreichste Zweig der Erwerbsarbeit im Lande werden zu wollen. Die bisherigen Erfahrungen in der Orangenzucht lassen diese Hoffnungen berechtigt erscheinen. Einen großen Raum in den Überlegungen wird auch die Frage der Privatinitiative und der Privatwirtschaft spielen. Es gilt, Mittel und Wege zu finden, um das Vertrauen privater Unternehmer in die Wirtschaftsverhältnisse des Landes zu stärken. Es ist kein Zweifel, daß die Privatwirtschaft, nach einiger Zeit des Experimentierens und des Tastens, gegenwärtig sich in aufsteigender Linie bewegt. Sie ist Trägerin eines großen Teiles von jenem Aufschwung, dessen sich das gesamte Palästinawerk rühmt. Sie absorbiert eine große Anzahl jüdischer arbeitender Hände. Ihre Rolle wird auch in der Zukunft in vielfacher Hinsicht ausschlaggebend sein.

All diese Dinge werden die Tagungen des Aktionskomitees und des Administrativkomitees zu Arbeitstagungen machen. Beide Gremien haben gegenüber dem Zionistenkongreß und dem Council der Jewish Agency den Vorteil, daß in ihnen wenig Personen sitzen, die überdies mit der Materie des Palästina-Aufbaues besser vertraut sind, als die Plena der großen repräsentativen Kongresse. Darum haben beide Körperschaften die größere objektive Möglichkeit, weniger zu diskutieren und mehr zu arbeiten. Die zionistische Welt, alle Palästinafreunde und insbesondere das jüdische Palästina bringen den Berliner Tagungen viele Erwartungen entgegen. Mögen diese Erwartungen volle Erfüllung finden! e. z.

50 Jahre Jüdischer Lehrerverein für Bayern

Festwünsche eines Junglehrers

Der Jüdische Lehrerverein für Bayern begeht am 24. und 25. August in Würzburg, der Stätte der Israelitsischen Lehrer-Bildungsanstalt, an der der Großteil der Mitglieder des Vereins die grundlegende Berufsausbildung empfangen hat, die Feier seines 50jährigen Bestehens.

Für den Junglehrer kann ein Jubiläum, das auf einen abgelaufenen Zeitabschnitt von 50 Jahren zurückblickt, keine solche Summe von Gemütswerten bedeuten, wie für seine älteren Kollegen. Diese feiern das Kollektivum, mit dessen Schicksal zugleich ihr persönliches Leben verknüpft ist. Der junge Lehrer steht erst am Anfang seines Lebenswerks und hat nach vorwärts zu schauen. Trotzdem aber kann er auch das Fest der Alten mitbegehen, wenn er aus ihm die Verpflichtung der Weiterarbeit übernimmt, daß er das Erbe wahren und vor allem mehren will.

Es ist das Vorrecht der Jugend, ihren Weg zu gehen und nicht ohne weiteres die Gesetze der Vergangenheit zu den ihrigen zu machen. Aber der jüdische Lehrer in Bayern ist im Besitze von Gütern, die seine älteren Standesgenossen in hartem und tapferem Ringen für sich und ihre Nachfolger errungen haben. Das darf diesen

Männern nie vergessen werden, die selbst noch ihr Amt unter materiell drückenden und seelisch erniedrigenden Bedingungen antraten, sich aber nicht unterkriegen ließen, und die Würde ihres Standes in zäher Arbeit hoben. Die Furchtlosigkeit, mit der sie ihren Kampf vor der Öffentlichkeit führten, die Solidariät, mit der sie einander halfen, die Charakterstärke, die sie trotz aller Abhängigkeit bewiesen, kann jeder neuen Generation zum Vorbild dienen. Vor allem aber dürfen die jungen Lehrer von heute nicht vergessen, daß sie die Früchte der vergangenen Arbeit nicht lange werden ungestört genießen können, wenn sie den Geist, der die Kämpfe der Früheren getragen hat, nicht für sich bewahren. Daß dies kein leeres Wort ist, sondern Tatsache, beweisen die immer häufiger werdenden Angriffe auf das Beamtentum im allgemeinen und den Lehrerstand im besonderen, der wahrhaftig seine Aufgabe nicht erfüllen kann, wenn er wieder in die alte Abhängigkeit zurückgeführt werden sollte. Den Anfängen dieser Reaktion entgegenzutreten, ist eine Aufgabe, die nur die Jungen übernehmen können und müssen.

Wenn der Jüdische Lehrerverein für seinen Stand Forderungen aufstellte, so tat er dies nicht aus egoistischen Beweggründen allein; er wies immer darauf hin, wie sehr die jüdische Öffentlichkeit daran interessiert sein müsse, daß ihre Jugend von freien und wirklich gebildeten Menschen erzogen werde. Steht also der Lehrer mit seiner Tätigkeit in unmittelbarem Zusammenhang mit den Kräften des gesamten Judentums, so muß er auch dem Leben des Volkes Vorbilder entnehmen, die er der ihm anvertrauten Jugend aus seiner eigenen Begeisterung heraus vorweist. Neben dem Reichtum, den ihm die Vergangenheit bietet und um die er wissen muß, ist heute jüdische Gegenwart beispielgebend geworden. Der jüdische Osten ist uns näher gerückt und vor allem das neue Palästina mit dem lebendigen Hebräisch, mit seinen neuen Liedern, Schicksalen und vor allem seinem neuen Menschentypus darf dem jüdischen Junglehrer nicht fremd sein. Hier hat er neue Wege zu gehen; er muß die Sprache beherrschen, nicht bloß die sog. Grammatik; manche von den Älteren sind dagegen, weil sie es nicht mehr lernen können oder wollen. Er muß das Land selbst kennen und wenn hier eine Anregung erlaubt ist, so möge der Israelitische Lehrerverein auf seiner Jubiläumstagung beschließen, einen Stipendienfonds für Palästinareisen zu begründen, der durch Darlehen und Zuschüsse vor allem den jüngeren Mitgliedern ermöglicht Erez Israel selbst zu sehen.

Von den mannigfachen neuen Problemen, denen sich die heutige Junglehrerschaft gegenübergestellt sieht, sei das der Autorität hervorgehoben. Sie kann sich nicht mehr auf die alten Machtmittel stützen. Der Lehrer muß etwas von den Eigenschaften haben, mit denen der Jugendführer seine Gruppe zusammenhält, er muß das menschliche Vertrauen der jungen Menschen zu erringen verstehen, sein überlegenes Wissen und seine Persönlichkeit müssen ihm innere Autorität verschaffen, sonst ist er nicht am Platze. Dazu gehört eben auch, daß die Schranken für die Zeit außerhalb des Unterrichtes fallen, und es ist gut, daß wir uns immer mehr dem Typus des englischen Lehrers nähern, der mit seinen Jungens auch auf den Sportplatz geht oder sogar einmal mit ihnen zusammen Unfug treibt.

Dis alles sind Dinge, die eine andere Zeit mit sich gebracht hat und als Aufgabe vor die junge Generation stellt. Sie hat sich schon an die Bewältigung dieser Probleme herangemacht. Möge sie, wenn der Jüdische Lehrerverein in Bayern sein 50jähriges Jubiläum feiern wird, von sich sagen dürfen, daß sie ihre Aufgabe so gut bewältigt hat wie die, die jetzt zu feiern das Recht haben!

Der Turntag in Hamburg

Am 23. August beginnt in Hamburg der 13. Turntag des deutschen Kreises im Makkabiweltverband. Aus diesem Anlaß veröffentlicht in dessen Organ: „Der Makkabi“ Nathan Kamiski bemerkenswerte Ausführungen, die wir nicht unterlassen möchten, unseren Lesern im folgenden auszugsweise zur Kenntnis zu bringen.

Der Hamburger Turntag wird sich mit wichtigen Problemen befassen. Gegenüber der starken Expansion und den äußeren Erfolgen unserer Vereine, wird in einigen Vereinen die innere Entwicklung vernachlässigt. Dazu glauben viele alte bewährte Führer politische Positionen für die Makkabi-Bewegung erstreben zu müssen. Nach beiden Seiten hin ist in letzter Zeit gesündigt worden.

Die Überschätzung der äußeren Erfolge hat zu gefährlichen Erscheinungen geführt. Der europäische Sport ist für Erziehungstendenzen, gleich welcher Art, ein gefährliches Terrain. Will man die positiven Seiten des Sportes nutzbar machen, so muß man die negativen um so tatkräftiger und bewußter bekämpfen. Demgegenüber hat man sich bei uns manchmal angewöhnt, ein Auge zuzudrücken. Es ist nur ein armseliges Ziel, Meisterschaften oder Ligafreuden zu erstreben, wenn dabei die Grundrichtung der Makkabi-Bewegung verlassen wird. Das Beispiel der Wiener Hakoah sollte doch genügend schrecken. Wir wollen ein neues jüdisches Geschlecht heranbilden helfen, frei von den Minderwertigkeitsgefühlen der Galuth aber auch frei von dem albernen Schmocktum und der Wichtigtuerei, die sich leider oft beim modernen Sport zeigen. Hier den richtigen Mittelweg zu wählen, erfordert dauernde Selbstkritik und Selbstkontrolle. Wir wollen Bescheidenheit im Auftreten für den einzelnen, und sei es auch der beste Sportsmann, ebenso wie auch in der Repräsentation der Bewegung nach außen. Der wahre Sportsmann wirkt nur durch seine Leistung, nicht dadurch, daß er sich bläht oder andere für ihn trompeten. Für die Führer unserer Bewegung und für unsere Berichterstattung heißt das, in allen Äußerungen in der Propaganda und der Presse sich jene Zurückhaltung aufzuerlegen, die bewußt sich abkehrt von dem überlauten Getue und Wichtigmacherei des modernen Sportes. Wir haben keine Gipsfassade zu errichten, die den stolzen Bau nur vortäuscht und nach kurzer Frist wieder eingerissen werden muß, sondern wir wollen das Fundament einer großen starken Pyramide legen, das Fundament einer Volksbewegung, deren breite und feste Basis es ermöglicht, Jahrhunderten zu trotzen.

Eine breite und feste Basis heißt: möglichst viel jüdische Jugend zu erfassen und diese zu gefestigen Juden zu erziehen.

Für die Breite der Basis ist übergenug geschehen. Mit losem Sand läßt sich jedoch nicht bauen, sondern nur mit festen Steinen. Der einzelne muß in seiner jüdischen Einstellung gefestigt werden, er muß die Bewegung tragen helfen und sie fördern. Wir sind bescheiden geworden in unseren Anforderungen an den einzelnen.

Das „Mitglied“ wird in letzter Zeit sehr „verhätschelt“. Man nimmt ihm viele Lasten, man fordert kaum, daß die Abteilungen sich selbst tragen. Diese Politik muß sich rächen. Wir müssen von unseren Mitgliedern zunächst das eine verlangen, daß sie die eigene Bewegung tragen. Abteilungen, die dieser Anforderung nicht nachkommen, sind prinzipiell aufzulösen. Wir dürften auch nicht solche unüberwindbaren Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Kreisarbeit und des Weltverbandes haben. Dies ist nur der organisatorische Teil der Erziehung, der eine Selbstverständlichkeit ist.

Die jüdische Erziehungsarbeit ist nur in wenigen Gruppen zufriedenstellend. Auch hier haben wir noch vieles, fast alles zu tun.

Nun zu unserem „Politikern“. Eine bedauerliche Verwirrung hat hier Platz gegriffen. Man muß in dieser Frage gerade gegen Führer polemisieren, die sich um die Sache sehr verdient gemacht haben, und das macht natürlich keiner gern. Aber gerade hier ist „gesündigt“ worden. Es sei hier ganz unzweideutig festgestellt: Wir haben mit keinerlei Politik etwas zu tun. Wir haben der Idee zu dienen, nicht zu herrschen. Wir brauchen als „Makkabi“ keine Vertretung in irgendeinem zionistischen Gremium, wir brauchen als „Makkabi“ keinen Sitz in irgendeiner jüdischen politischen Institution. Das Streben, in einer zionistischen Ortsgruppe unsere Vertreter durchzusetzen ist verkehrt. Welche Prinzipien haben wir dort zu vertreten? Wir brauchen keine Delegierte in der Z.V.f.D. und keine auf dem Kongreß. Ich habe noch kein Argument gehört, das die Notwendigkeit hierzu beweist. Aber selbst, wenn wir irgendein Prinzip zu vertreten hätten, würden wir abweichen von den Grundsätzen einer erzieherischen Jugendgemeinschaft. Wir treiben den Sport nicht als „Professionals“ und unsere jüdische Arbeit darf nicht durch „Äquivalente“ erzieherisch entwertet werden. Wir brauchen keine Belohnung für sie.

Es tut auch nicht not, daß unsere aktivsten Führer sich in anderer Arbeit aufreiben. Wir können auf sie nicht verzichten. Wir wollen auch nicht der Spielball politischer Interessen werden, sondern haben wichtigere elementare Aufgaben. An dem Beispiel von Kareski können wir sehen, daß es viel wichtiger ist, daß unsere Führerpersönlichkeiten auf sich selbst gestellt im politischen Leben sich durchsetzen, als daß es auf den Schultern einer Gemeinschaft geschieht, die ihrer ganzen Art nach nie ein politisches Forum werden kann und werden darf. Die Wirkung solcher Einzelpersönlichkeiten ist darum nicht geringer.

Vierte Weltkonferenz der Revisionisten

Hauptaussprache und Referat Lichtheims

In der Hauptaussprache über die Referate Jabotinskys und Großmanns und über den Bericht des Zentralbüros befaßte sich Dr. Brutzkus (Berlin) mit der Lage der russischen Zionisten, der einzigen Gruppe in Rußland, die ihre politische Freiheit verteidigt. Dr. Martin Lichtner verlas eine Kundgebung der tschechoslowakischen Revisionisten, die den Weltverband zur Übernahme der Geschäfte der Exekutive auffordert. Dr. Schechtmann (Paris) wendet sich gegen einen billigen Radikalismus und gegen die Los-von-England-Bewegung. Die Politik der Zionistischen Organisation muß sich gerade in der nächsten Zukunft auf England konzentrieren, um auf England einen Druck auszuüben, daß es seine politischen Pflichten erfüllt. In der Palästina-Arbeit soll eine Atempause eintreten. Die Palästina-Administration wird schon im ersten Jahre an ihrem Defizit entdecken, welcher Faktor die zionistische Bewegung ist. Man müsse der praktischen Arbeit im Zusammenhang mit Transjordanien mehr Aufmerksamkeit widmen.

Die Generaldebatte wird unterbrochen, um Richard Lichtheim (Berlin) Gelegenheit zu geben, sein Referat über „Das Verhältnis der revisionistischen Union zur Zionistischen Organisation, ihren Institutionen und zur Jewish Agency“ zu halten. Geschichtlich gesehen, führte Lichtheim aus, sei der Revisionismus eine Kritik der Zustände in der zionistischen Bewegung, eine Kritik der Ideologie und der Praxis der Bewegung, der Politik, Wirtschaft und Organisation unter der vorhandenen Leitung. Das Ziel war: Eroberung der Organisation von innen her. Der Revisionismus war ein Teil der Zionistischen Organisation, gehörte seiner Herkunft nach zur Masse der allgemeinen Zionisten und wollte sie durch seine Idee für sich erobern. Die Entwicklung habe es mit sich gebracht, daß eine besondere Organisation gebildet wurde. Das hat auch innere Gründe. Ein Faktor sei die allgemeine Degeneration der zionistischen Ideologie, besonders unter dem Einfluß Weizmanns und seines Kreises. Die Schuld liege an der zionistischen Leitung in London. Dort entstand ein apolitischer Zionismus, eine Stimmung des Verzichtes. Der Kulturzionismus wurde die beste Ausrede für die Beamtenschaft, um nichts zu tun.

Wir müssen uns als Sonderverband deklarieren. Wenn die zionistischen Fonds verwendet werden, den Revisionismus zu bekämpfen, dann dürfe man sich nicht wundern, wenn der Revisionismus sie nicht in einem Maße unterstützt, wie erwartet werden dürfe. Deshalb besteht der Tel-Chaj-Fonds. Was die Frage der politischen Prärogative anlangt, so besteht eine Bindung an die Beschlüsse der zionistischen Leitung, aber nicht an jene der Jewish Agency. Deshalb müsse sich der Revisionismus die Freiheit der politischen Aktionen je nach Erfordernis vorbehalten.

Dr. Paul Arnsberg (Frankfurt) befaßt sich mit der englischen Politik in Transjordanien, die er einer scharfen Kritik unterzieht. Weinstein (Palästina) wirft die Frage auf, ob man nicht nur die Politik, sondern auch den Sitz der Exekutive nach Paris verlegen sollte.

J. Klinoff (Berlin) führt aus: Die Konferenz hatte drei wichtige Momente dargelegt: Die Idee der Arbeitspausen wurde zur Diskussion gestellt. Binjan Haarez hat nur dann Sinn, wenn jüdische Menschen nach Palästina kommen können. Für „Missionen“ in Palästina haben wir kein Interesse. Bei vollständiger Sicherung des Jischuw kann unter gewissen Umständen eine Pause eintreten, in der das Budget der Regierung und die Araber es zu spüren bekommen werden, was es bedeutet, daß jüdisches Kapital nicht investiert wird, wenn es nicht den Juden zugute kommt. Wir sind nicht ängstlich, wenn man den von uns verlangten militärischen Schutz als eine Idee des militanten Zionismus, als Ludendorf-Psychologie bezeichnete. Zweitens ist es wichtig, die Stimmung für die selbständige revisionistische Arbeit zu vertiefen. Sie ist das Ergebnis einer historischen Entwicklung, und da werden auch Drohungen mit Staatsverrats-Paragraphen nichts helfen. Revolution während einer nationalen Krise? Revolutionen finden immer in einer nationalen Krise statt. Der Herzlsche Zionismus wird unter allen Umständen seinen Weg gehen.

Lewanon hält eine Arbeitspause in Palästina für

DER AUFSTAND

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

27. Fortsetzung

Plötzlich merkte Mordechai, daß Komarowski neben ihm ritt. Dieser sagte:

„Wissen Sie, Alter, daß Strahl gestorben ist?“

„Wann denn?“ fragte Mordechai beinahe gleichgültig.

„Vor fast einem halben Jahr.“

„Und wo ist Frau Strahl?“

„In Krakau bei ihrer Schwester ...“

Plötzlich stand die Abteilung still. Wirres Fragen begann:

„Was gibt es?“

„Der Feind?“

Ein Schlitten war angehalten worden, den ein Bauer in einem Schafpelz lenkte. Im Schlitten saß ein junges, rothaariges Mädchen. Die Burschen standen umher und betrachteten das Mädchen mit wohlwollenden Blicken.

„Wohin?“ fragte Komarowski.

„Nach Hause, Herr Kommandant!“

„Wo wohnt Ihr?“

„Wir wohnen auf dem ‚Grund‘, eine kleine Meile von hier!“

„Seid Ihr auf dem Wege niemanden begegnet?“

„Ihr seid die Unsrigen,“ der Bauer sah sich mißtrauisch um, „so hört, bei der Mühle haben uns Russen angehalten und nach Gewehren nachgesucht.“

„Wie viele waren es?“

„Es waren vielleicht zehn Mann, Herr Kommandant. Wie wir aber später rechts abbogen, da sahen wir sie aus dem Walde kommen, so zahlreich wie Mohnkörner ...“

Einige hundert Fuß vom Walde entfernt wurden Wachen aufgestellt. Die Abteilung lagerte im Walde um die Munitionswagen.

Mordechai und ein junger Bauer standen an einem Baum auf Posten und beobachteten beide Seiten der Straße.

Ein leichter Regen rieselte nieder.

Vom anderen Ende des Waldes, wo der Feind lag, drang ein ersticktes Heulen herüber.

„Ein Wolf!“ Der Bauer bekreuzigte sich. „Gibt es denn in dieser Gegend Wölfe?“

„Seit es Aufstand gibt, erscheinen sie in Rudeln. Der Wolf ist eine elende Bestie, er folgt dem Menschen unermüdlich, und fällt einer oder bleibt verwundet liegen, sofort ist der Wolf da! Herr Jesus, schütze mich vor solchem Tode!“

Auf der freien Ebene tauchten Menschen auf. Einzeln, zu zweit, gruppenweise kamen sie von allen Seiten.

„Das sind Russen!“

„Es sind Büsche!“ entgegnete Mordechai.

„Wir müssen es melden!“ Der Bauer wandte sich zum Gehen.

„Es sind keine Menschen!“ rief Mordechai mit sicherer Stimme und glaubte doch seinem eigenen Wort nicht recht. „Wohin gehst du? Bleib doch, wo man dich hingestellt hat!“ ...

„Wir stehen schon länger als drei Stunden, warum kommt keine Ablösung?“ Einige Male richtete der Bauer diese Frage an Mordechai und bekreuzigte sich jedesmal.

Der Regen hörte auf; es wurde wärmer. Der Morgen erwachte ...

IN GOSCI

Es war heller Tag, als die Abteilung Gosci erreichte.

Im Tale verstreut lagen kleine, strohgedeckte Hütten ohne Fenster.

Seitwärts erhob sich auf einer kleinen Anhöhe ein altmodischer Herrensitz. Bärtige Masuren mit gebogenen Sensen standen an jedem Eingang. Auf der Veranda ein Durcheinander von grauen Jacken, kurzen und langen Säbeln und Pistolen.

Auf den Feldern breitete sich ein Kriegslager aus. Hunderte von Beinpaaren stießen in die Luft, links — rechts, links — rechts, bogen sich gleichzeitig und streckten sich gleichzeitig, standen alle auf einmal still.

Berittene Schlachtschitzen in weißen Krakauer Uniformen, Masuren in bunten Röcken mit Sensen auf der Schulter, Infanteristen mit schweren Jagdflinten und kurzen belgischen oder roten Garibaldi-Hemden, Zuaven in rotem Fez mit schwarzer Quaste, Fahnen mit weißen Kreuzen und Adlern.

Das Hämmern von Schmieden rollte wie ferner Donner durch das Tal.

Freudestrahlend flüsterte Wirzbicki:

„Wer hätte das auch nur zu träumen gewagt? Eine polnische Armee! Mit einer solchen Armee kann man sich offen dem Feinde stellen, da braucht man ihn nicht von hinten zu überfallen, ihn wie ein Hund zu beißen und davonzulaufen!“

Graf Komarowski war auf seiner Schimmelstute bald hier, bald dort, er musterte die Reihen der Rekruten; wenn er etwas auszusetzen hatte, so klangen seine Worte leise, geradezu bittend: Den rechten Fuß, den rechten Fuß, Burschen, so! Ein Soldat muß stehen können!

Bewegung.

„Wer kommt da?“ fragte einer der Soldaten leise.

„Ein General.“

„Ein polnischer?“

„Nein, ein Russe!“ flüsterte ein sechs Fuß hoher Masure spöttisch seinem Nebenmann zu.

Wirzbicki sah Mordechai lächelnd an und deutete auf die Reihen der Soldaten:

„Siehst du die Männer im roten Fez mit den schwarzen Quasten, beim Walde, dort, beim Walde! das sind unsere Freunde, die Zuaven.“

Ein alter Unteroffizier, der sein Bäuchlein wie eine Trommel vor sich hertrug, lief eilfertig heran, den Säbel vor sich haltend. Er machte vor Komarowski halt und salutierte mit jungenhaftem Eifer:

„General Langewitsch kommt.“

Die Soldaten gaben sich einen Ruck und richteten sich gerade. Komarowski sprang vom Pferde, machte einige Schritte vorwärts, als wollte er Langewitsch entgegengehen, und blieb dann mit gezogenem Säbel stehen.

Aus dem Herrenhause trat Langewitsch, ein untersetzter Mann mit schwarzem, kurzgeschnittenem Bart und dunklen, scharfen Augen. Sein Säbel hing nachlässig an dem pelzverbrämten Mantel. Die Stabsadjutanten, die ihn umgaben, trugen tadellos anliegende neue Uniformen, deren Gold- und Silberstücke das Auge blendeten.

Komarowski salutierte und erstattete Meldung. Langewitsch reichte ihm die Hand und begrüßte die neue Abteilung Rekruten.

„Es lebe der General!“ scholl es als Antwort.

Langewitsch faßte Komarowski unter und schritt mit ihm die Front ab. Er musterte die bärtigen Masuren und wies Komarowski auf die Heugabeln, welche die Rekruten statt Gewehren trugen. Kein Wort des Vorwurfs kam über seine Lippen, bloß sein längliches Gesicht blickte ernst.

„Wie geht es Ihnen, Krasnopolski?“ Langewitsch blieb plötzlich stehen und begrüßte einen jungen Mann, der ein Pincenez und eine Garibaldi-Bluse trug, wie sie in der Militärschule zu Genua gebräuchlich war.

„Danke, gut, Herr General!“

Langewitschs Suite rückte näher, um zu sehen, mit wem der General sprach. Man sprach halb polnisch, halb französisch. Ein junger Adjutant, von mädchenhaft zartem Körperbau, schritt neben General Czechowski.

„Ihr habt gewiß Hunger, Jungens?“ rief Langewitsch plötzlich der Truppe zu.

„Es lebe der General!“

Als Langewitsch mit seiner Begleitung das Exerzierfeld verlassen hatte, zerstreute sich die Truppe auf der Ebene; die Stimmung wurde fröhlich.

Krasnopolski wurde bestürmt; jedermann wollte wissen, woher er mit dem General so gut bekannt sei. Doch er pfiff einen Pariser Gassenhauer vor sich hin und gab keine rechte Antwort.

Mordechai kam näher.

„Oh, Panie Alter! Ganz Kozk ist ja hier versammelt, Kahane ist beim Stab, Komarowski bei uns, Sie und ich sind hier, es fehlt nur noch Frau Strahl...“

Ein Faß Branntwein, etliche Säcke Brot und Körbe Wurst wurden gebracht. Die hungrige Truppe vergaß ihre Müdigkeit, stürzte sich auf das Essen und plauderte unaufhörlich:

„Wer ist der Adjutant mit dem Mädchengesicht?“

„Der neben Czechowski ging?“

„Das ist doch Langewitschs Adjutant!“

„Das weiß ich auch ohne dich!“

„Warum fragst du dann?“

„Das ist sicher ein Mädchen!“

„Ein Mädchen?“

„Da geht's im Stab gewiß lustig zu!“

„An den Beinen erkannte ich, daß es ein Mädchen ist!“

„Halt lieber 's Maul!“

„Bruder, hier gilt die russische Methode nichts, hier kann ich reden, was ich will!“

„Was ist das für ein Hemd, das der mit der Brille trägt?“

„Das ist ein Italiener!“

„Die können gewaltig dreschen, heißt es!“

„Ich möchte es noch mit ihm aufnehmen!“ warf ein Masure ein.

Fortsetzung folgt.

unannehmbar und weist auf die dem Zionismus gefährliche Bodenpolitik der katholischen Kirche hin. Jachimsohn (Rumänien) tritt dafür ein, daß alle Energie auf die Eroberung der Exekutive gerichtet werde. Es sei den revisionistischen Führern vorzuwerfen, daß sie den geeigneten Augenblick zu einem Handstreich nach den Unruhen nicht genützt hätten. Benfield (Palästina) sagt, bei der „Pausen“-Parole habe man an den Jischuw vergessen. Man darf Palästinaprobleme nicht mechanisieren.

In der Nachmittagssitzung vom 11. August erstattete Dr. S. Soskin (Genf) sein Referat über die Landfrage in Palästina.

Brodetsky auf der Konferenz

Prag, 12. August. (JTA.) Im Verlauf der fünften Sitzung der vierten Weltkonferenz der Zionisten-Revisionisten traf der Vertreter der zionistischen Weltexekutive in London, Professor Selig Brodetsky, in Prag ein, begab sich sofort zur Konferenz und ergriff während der Generaldebatte das Wort, um den Standpunkt der Exekutive gegenüber den revisionistischen Forderungen darzulegen. Dieser Teil der Sitzung nahm einen stürmischen Verlauf. Brodetsky wurde wiederholt durch Zwischenrufe der Delegierten sowie durch Beifall der anwesenden nichtrevisionistischen zionistischen Gästen und durch Protestrufe der Konferenzmitglieder gegen diesen Beifall unterbrochen.

Ich habe die Ehre, die Konferenz im Namen der Zionistischen Exekutive zu begrüßen und ihr zu wünschen, daß sie in ihrer Arbeit erfolgreich sein möge. Es ist aus begreiflichen Gründen, ein bischen schwer, hier zu sprechen, doch habe ich mich über meine Delegierung hierher gefreut. Wenn eine Bewegung hundertprozentiger nationaler Juden existiert, so gehöre auch ich ihr an und ebenso die große Mehrheit aller Zionisten. Ich halte es nicht für richtig, daß man Unterschiede mache, man muß auch den anderen zugestehen, daß sie gute Nationaljuden und Zionisten sind. Die englischen Zionisten sind ebenso gute Zionisten wie alle anderen. Man soll solche Schwierigkeiten in die Bewegung nicht hineintragen. Der Zionismus hat keinen Sinn, wenn er nicht zur Lösung der jüdischen Frage führt. Man kann darüber diskutieren, ob er die gesamte jüdische Frage lösen kann, aber wenn der Zionismus nicht wenigstens zu einem großen Teil die jüdische Frage löst und dem jüdischen Volke die Möglichkeit eines Fortlebens in der Zukunft gibt, hat er keine Bedeutung. Von dieser Voraussetzung aus betrachten wir heute die ganze politische und ökonomische Lage. Die englische Regierung weiß ebenso gut wir wir, daß Palästina für das jüdische Volk eine Lebensfrage bedeutet. Sie weiß, daß unsere Arbeit nicht von dem guten Willen irgendeines anderen Volkes abhängig sein kann, sondern einzig und allein von unserem Willen, und daß diese Arbeit nicht gehemmt werden darf. Man hat hier von einer Politik der Non Cooperation, von einer Unterbrechung der Arbeit in Palästina gesprochen. Das ist für das jüdische Volk unmöglich. Ob England will oder nicht will, wir werden die Arbeit in Palästina weiterführen. Wir hoffen aber, daß die Partnerschaft, die vor 13 Jahren geschlossen wurde, auch in Zukunft bestehen wird. Und wir hoffen, daß es überhaupt nicht notwendig sein wird, solche Theorien aufzustellen und zu diskutieren.

Im Shaw-Bericht wird behauptet, die Unruhen bedeuteten keinen Aufstand gegen England. Diese Behauptung ist eine Verletzung des Mandats. Ein Aufstand gegen die Juden ist im Sinne des Mandates gleichzeitig ein Aufstand gegen England. Es gibt zwei Wege für England: Den Juden Bewegungsfreiheit lassen oder ihnen bei ihrer Arbeit behilflich zu sein. Die englische Regierung hat uns aber nicht nur nicht geholfen, sondern sie hat uns sogar in der Freiheit unserer Arbeit gestört. Ich bin aber nicht hierher gekommen, um die englische Regierung oder die Exekutive zu verteidigen. Die Frage ist jetzt: Was soll weiter geschehen? Wir können die Geduld, die wir bisher bewiesen haben, nicht weiter behalten. Wir müssen unseren Druck gegen die englische Regierung fortsetzen. Ich will die Exekutive nicht verteidigen, aber ich frage: Was hätte sie während der letzten zwei Jahre tun sollen? Man wirft uns vor, daß wir die Bildung einer gemeinsamen Front gestört haben, weil wir die Vorschläge der Revisionisten nicht angenommen haben. Aber die Einsetzung einer politischen Kommission hätte faktisch den Sturz der Exekutive bedeutet. (Zustimmender Zwischenruf Jabotinskys.) Der Vorschlag wurde vom Administrativkomitee zweimal abgelehnt. Das Administrativkomitee hat auch den Vorschlag, sofort den Kongreß einzuberufen, abgelehnt, aber die Exekutive hat sich bemüht, den Kongreß vorzubereiten und einzuberufen. Ich persönlich glaube, daß die Einberufung eines Kongresses, jetzt, nicht erst im Dezember, unbedingt notwendig ist. Ich war der Meinung, daß ein Kongreß die bevorstehenden Beschlüsse der englischen Regierung beeinflussen könne, aber ich bin mit dieser Meinung nicht durchgedrungen. Man sagt, die Exekutive tue nichts. Aber das, was die Opposition tut, können wir nicht tun. Die Opposition ist eben dazu da, um das zu sagen, was die Exekutive nicht sagen kann.

Die Prärogative der politischen Arbeit ist tatsächlich auf die Jewish Agency übergegangen, die zionistische Exekutive hat kein Recht, diese Prärogative zu brechen. Es sind uns tatsächlich Schwierigkeiten dadurch entstanden, daß der Revisionismus in England Propaganda unter den Mitgliedern des Parlaments betrieben hat.

Ich hoffe, schloß Brodetsky, daß die revisionistische Bewegung, die eine große und wichtige Rolle in der allgemeinen zionistischen Bewegung spielt und noch spielen wird, nicht die politische Front durchbrechen wird. Die Prärogative der Jewish Agency zu wahren, ist eine politische Notwendigkeit.

Lichtheim antwortet

Prag, 12. August. (JTA.) Bei Beginn der Abendsitzung ergriff Richard Lichtheim das Wort zu einer Entgegnung auf die Ausführungen Brodetskys. Wir möchten ausdrücklich betonen, sagte Lichtheim, daß wir gerade Professor Brodetsky nicht in erster Linie verantwortlich machen für die von uns seit Jahren bekämpfte Politik der Exekutive; denn er ist das einzige Mitglied der Exekutive, das sich bemüht, einen Kontakt mit dem Weltverband der Revisionisten aufrecht zu erhalten. Aber ich muß Verschiedenes richtigstellen. Nachdem er zu verschiedenen Punkten der Ausführungen Brodetskys Stellung genommen hatte, erklärte er, Brodetsky hat im Ton der Drohung und Warnung von der Prärogative der Exekutive gesprochen. *Wir wollen die Zionistische Organisation nicht verlassen, wir wollen auch auf dem Kongreß erscheinen und uns seinen Beschlüssen unterwerfen.* Daraus abgeleitet rein formelle Verpflichtungen werden wir erfüllen, auch wenn es sich um Fonds handelt, die gegen uns arbeiten. Aber auf dem eigentlichen Gebiet der Politik ist die Prärogative der Exekutive durch die Entwicklung illusorisch geworden. *Wir erkennen die Jewish Agency nicht als Körperschaft an, der wir die Palä-*

stina-Politik anvertrauen können. Wir werden uns Reserven auferlegen. Das muß man unserem politischen Takt überlassen. Aber nach dem Zusammenbruch der offiziellen Politik behalten wir uns alle jene Schritte vor, die wir im Interesse der zionistischen Sache für notwendig erachten.

Kommissionsarbeit — Die soziale Einstellung des Revisionismus

Prag, 13. August. (JTA.) Am Vor- und Nachmittag des 12. August, an dem Vollsitzungen nicht stattfanden, tagten die Kommissionen. Die politische Kommission hat eine Resolution ausgearbeitet, in der das Recht der revisionistischen Union auf die Führung einer eigenen politischen Tätigkeit im Interesse der zionistischen Sache festgestellt und die Prärogative der Exekutive als null und nichtig angesehen wird. In der Frage der „Arbeitspause“ wurde keine Einigung erzielt. Ein Teil der Kommissionsmitglieder ist dafür, daß eine Pause in der praktischen Arbeit in Palästina als eine bewußte Demonstration gegen die Palästinapolitik der britischen Regierung eintreten solle. Der Vorschlag wird damit begründet, daß die Politik der britischen Regierung sowieso eine solche Pause aufzwingt. Die meisten palästinensischen Delegierten und andere Kreise sprechen sich gegen eine solche Demonstration aus. Eine starke Strömung für die Schaffung einer „United Zionist Organisation“ außerhalb des Rahmens der Zionistischen Organisation macht sich bemerkbar, wobei geltend gemacht wird, daß die bisherige Politik der revisionistischen Leitung nicht genug entschieden war.

In der Generaldebatte am Abend sprachen Lippmann (Polen), Caspi (Polen), Mahover (Paris) über politische Arbeit und Organisationsfragen, Dr. Jacob Hoffmann (Riga) sprach über die Stellung der Jugend zur Partei. Als er die Haltung des Brith Trumpeldor formulieren wollte, wurde er von Jabotinsky aufgefordert, über diesen Gegenstand nicht zu referieren. Meer Großmann ergriff das Wort zur Erwiderung an Dr. Hoffmann und trat seiner Meinung entgegen, die Exekutive der revisionistischen Union hätte bei den Augustunruhen die ihr zur Verfügung gestellten 5000 Menschen nach Palästina schicken sollen. Es sprachen noch Dr. Goldwasser (Leipzig), Dr. Ettisch (Berlin), Dr. Stern (München) und Dr. Feldschuh (Warschau).

In der Sitzung vom 13. August vormittags referierte B. Weinstein (Palästina) über „Die soziale Einstellung und die Arbeiterpolitik der Union“. Sein Referat gipfelte in der Forderung nach Errichtung unabhängiger revisionistischer Gewerkschaften in Palästina als Ergänzung der Histadruth. Ein gleicher Vorschlag wird der Konferenz in einem durch eine Anzahl revisionistisch gesinnter Arbeiter aus Palästina ihr übermitteltem Memorandum gemacht. Weinstein sprach über die Wiederauflebung eines Trumpeldorschen Chaluzianismus gleichzeitig mit dem Wiederaufleben des politischen Zionismus in der revisionistischen Bewegung. Prinzip einer nationalen Arbeiterorganisation muß das Primat des nationalen Gedankens sein; mit Politik hätte sie sich nicht zu befassen. Die Frage einer sozialen Gesetzgebung des Jischuw soll auf die Tagesordnung der zionistischen Öffentlichkeit in der Welt gesetzt werden. Auf dem nächsten Kongreß wäre die Anerkennung des Verbandes der revisionistischen Arbeiter zu fordern. Der Kampf für die politische Demokratie in der zionistischen Bewegung, schloß Weinstein, ist gleichzeitig ein Kampf für die wirtschaftliche Demokratie im Jischuw.

In der Abendsitzung am 13. August, die bewegt verlief, wurden die folgenden Fragen behandelt: 1. Welche Konsequenzen werden entstehen, wenn der Kongreß nicht einberufen wird? 2. Welche Konsequenzen werden England gegenüber aus der geschaffenen Lage in bezug auf das Mandat gezogen werden? Jabotinsky nahm zu diesen Fragen eine scharfe Stellung ein. Von manchen Rednern wurden eine politische Aktion gegen England und die Übergabe des Mandates an den Völkerbund gefordert.

Zum Referat von Weinstein entwickelte sich eine erregte Aussprache, in der Dongis (Neuyork), Dr. Brutzkus (Berlin) und J. Klinoff (Berlin) sich gegen diese Vorschläge aussprachen.

Schlußsitzungen — Resolutionen

Prag, 15. August. (JTA.) Die vierte Weltkonferenz der Zionisten-Revisionisten hielt in der Nacht zum 15. August noch zwei Sitzungen ab, und ging erst um 8 Uhr morgens zu Ende. Die erste Sitzung, die um 8 Uhr abends begann, war vertraulich, es wurden in derselben Fragen der revisionistischen Organisation behandelt.

In der Frage der Stellung zur Histadruth und der Schaffung einer separaten Arbeiterorganisation in Palästina, kam es abermals zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Weinstein, Jabotinsky, Großman und Schechtmann, die für die revisionistische Histadruth eintraten, und Klinoff und Danzis, die den Plan ablehnten.

In der darauffolgenden öffentlichen Sitzung wurde die Resolution Weinstein auf Schaffung einer eigenen revisionistischen Arbeiterorganisation in Palästina außerhalb der bestehenden allgemeinen Arbeiterorganisation (Histadruth klalith) mit 81 gegen 40 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Vorher hatte Jabotinsky erklärt, daß er sich auf ein Kompromiß nicht einlasse.

Es wurde ferner folgende Erklärung zur innerzionistischen Lage angenommen:

Die Konferenz erklärt: 1. Die Ereignisse des letzten Jahres bedeuten einen vollständigen Zusammenbruch der Politik der zionistischen Leitung. 2. Die Leitung hat Jahre lang die Warnungen überhört, die wir im Hinblick auf ihre kurzsichtige und leichtsinnige Politik formuliert und auf den zionistischen Kongressen vorgetragen haben. 3. Trotz der vollständigen Mißerfolge ihres politischen Systems hat die Leitung nach den blutigen Vorfällen in Palästina und nach den darauffolgenden politischen Niederlagen nicht die selbstverständlichen Konsequenzen gezogen, nämlich den Kongreß einzuberufen und ihr Amt niederzulegen. 4. Unsere Vorschläge zu gemeinsamer politischer Aktion hat sie zurückgewiesen ohne ihrerseits Vorschläge zur Verständigung mit der von uns vertretenen politischen Richtung zu machen. 5. Die Konferenz nimmt von der Erklärung der Zionistischen Exekutive Kenntnis, daß die politischen Prärogativen der zionistischen Leitung auf die erweiterte Jewish Agency übergegangen sind. Demgemäß ist der Beschluß der dritten Konferenz der Union bezüglich der politischen Prärogativen so lange suspendiert, bis eine auf demokratischer Grundlage gewählte Jewish Agency geschaffen ist. 6. Angesichts dieser Sachlage und im Hinblick auf die eingetretenen Katastrophen und den Zustand höchster Gefahr bevollmächtigt die Konferenz die Exekutive der Union, alle ihr geeignet erscheinenden Schritte zu ergreifen, um die bereits begonnene politische Aufklärungsarbeit fortzusetzen und in jeder geeignet erscheinenden Weise zu erweitern. 7. Die Konferenz beauftragt ihre Vertreter im A.C., die sofortige Einberufung des Kongresses noch für dieses Jahr zu fordern. Wird dieser Forderung nicht stattgegeben, oder

sollte der Kongreß wiederum das Schicksal des jüdischen Volkes in die Hände der für die jetzige katastrophale Lage verantwortlichen Männer legen, so überträgt die IV. Weltkonferenz dem Parteirat der Union, bzw. der revisionistischen Kongreßdelegation, gemeinsam mit dem Parteirat alle ihre Rechte als Weltkonferenz der Union. (Das bedeutet, daß Kongreßdelegation und Parteirat über den Austritt der Union aus der allgemeinen Zionistischen Organisation beschließen können. Anm. d. Red.)

Die Erklärung zur außenpolitischen Lage enthält schärfste Ablehnung der Politik und der Methoden der Palästina-Administration, einen feierlichen Protest gegen den Bericht der Shaw-Kommission; das Bedauern über das Weißbuch vom Mai 1930, einen Protest gegen die Immigrationssperre und die Entsendung Simpsons; einen feierlichen Protest gegen das Verhalten der Mandatarmacht, die sich den ihr aus dem Mandat erwachsenen Verpflichtungen entziehen will; ferner die feierliche Erklärung vor aller Welt, daß Verwirklichung des Nationalheims die Errichtung eines jüdischen Gemeinwesens auf beiden Seiten des Jordan die Schaffung einer jüdischen Mehrheit bedeutet.

Nach Annahme der Resolutionen wurden die Wahlen vorgenommen. Per Akklamation wurden Wladimir Jabotinsky zum Präsidenten, Meer Großman und Richard Lichtheim zu Vizepräsidenten der Exekutive der Union gewählt. Mitglieder der Exekutive sind ferner Angel. Schechtmann, Tiomkin, Trivus, Machover, Rosoff. Die Exekutive hat Kooptationsrecht. In den Beirat wurden gewählt: Dr. Soskin, Dr. Brutzkus, Justizrat Bodenheimer, Dr. Schwartzmann, J. Klinoff, Dr. J. Hoffmann, Advokat Weinschall, Belilovsky, Weinstein; in das Parteigericht: Koulicher, Dr. Lachmann, Gold. Die Konferenz bereitete Jabotinsky eine große Ovation. Mit dem Absingen der Hatikwah ging die Tagung zu Ende.

Aus der jüdischen Welt

Ernennung Bubers zum Professor

Frankfurt a.M., 15. August (JTA.) Der Lehrbeauftragte für jüdische Religionslehre und jüdische Ethik, Schriftsteller Dr. Martin Buber, ist zum Honorarprofessor in der Philosophischen Fakultät der Universität Frankfurt ernannt worden.

Nationalsozialistischer Terror im befreiten Rhein-Hessen

Eine jüdische Familie, die seit 36 Jahren in Dolgesheim wohnt, wird aus dem Orte hinausdrängt

Darmstadt, 13. August. (JTA.) Ein Opfer des nationalsozialistischen Terrors ist in dem rheinhessischen Örtchen Dolgesheim der Führer des Reichsbanners, der Weinkommissionär Frank, geworden. Frank, der Jude ist und seit 36 Jahren in Dolgesheim wohnt, wurde in der letzten Zeit wiederholt am Leben bedroht. Am letzten Sonntag, 3 Uhr morgens, wurde Franks Haus umzingelt. Nach Abgabe eines Gewehrschusses gegen das Haus wurden Fenster und Tor zersört und das Haus gestürmt. Frank und seine Angehörigen, gegen die Todesdrohungen ausgesprochen waren, mußten sich auf dem Dachboden verbarrikadieren. Die Gendarmerie war der Menge der Angreifer gegenüber ohnmächtig und mußte das Überfallkommando aus Mainz herbeirufen, um Ordnung zu schaffen. Zu gleicher Zeit trafen Beamte des Landeskriminalamtes ein und auf Grund ihrer Untersuchung wurden zwölf Nationalsozialisten verhaftet und in das Amtsgefängnis Oppenheim eingeliefert. Da die Bedrohung der Familie Frank nicht aufhörte, ließ Frank unter dem Schutz der Polizei sein Hab und Gut in einen Möbelwagen verladen und zog nach Worms.

Shiels und Chancellor begeben sich nach Genf

London, 15. August. (JTA.) Der Unterstaats-

sekretär im Kolonialamt, Dr. Drummond Shiels, dessen Palästinareise gestern offiziell angekündigt wurde, wird sich, wie heute verlautet, noch vor Antritt dieser Reise nach Genf begeben, um an der in der ersten Hälfte des September stattfindenden Versammlung des Völkerbundes, in der die Palästinafrage zur Behandlung kommen wird, teilzunehmen.

Die in Edinbourgh erscheinende Zeitung „Scotsman“ erfährt, daß der gegenwärtig auf Urlaub in Europa weilende High Commissioner für Palästina, Sir John Chancellor, Dr. Shiels nach Genf begleiten wird.

Wie der JTA-Vertreter aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist die Antwort der britischen Regierung auf die Feststellungen der Mandatskommission des Völkerbundes in ihrem Palästinabericht in einem sehr scharfen, ja unfreundlichen Ton gehalten.

Niederbrennung der großen Synagoge in Marmaros-Sziget durch Cuzisten

Die größte Synagoge in Groß-Rumänien

Clui (Klausenburg). 12. August. (JTA.) Am 11. August, abends, wurde die jüdische Bevölkerung von Marmaros-Sziget durch den Ruf alarmiert, daß die Haupt-Synagoge. die größte jüdische Synagoge Rumäniens, auf die die Gemeinde stolz war, in Flammen stehe. Die jüdische Bürgerschaft eilte zur Rettung der Synagoge, als man aber in den Gebetraum eindrang, entdeckte man, daß die Thora-Lade erbrochen war, die Sifre Thora durcheinandergeworfen und angezündet worden waren. Man entdeckte weiter. daß die Synagoge an mehreren Stellen mit Petroleum übergossen worden war und daß der Brand auch an mehreren Stellen gleichzeitig ausgebrochen war. Die ganze Nacht über dauerten die Anstrengungen zur Löschung des Brandes fort, aber erst gegen Morgen konnte der Brand eingedä[illegible] werden; die Synagoge ist fast vollkommen eingeäschert. Während des Brandes spielten sich bewegte Szenen ab, indem die Polizei sich bemühte. die Bürger, von denen sich mehrere in Lebensgefahr stürzten, um die Sifre Thora und die wertvollen Utensilien zu retten, von der brennenden Synagoge fernzuhalten.

Codreanu freigesprochen

Bukarest, 14. August. (JTA.) Am Mittwoch, dem 13. August, abends, wurde das Urteil gegen den antisemitischen Agitator Zelea Codreanu, den Organisator der Eisernen Garde, verkündet. Codreanu hatte sich wegen zweier Manifeste zu verantworten, in denen er das Attentat auf den Unterstaatssekretär Anghelescu verherrlicht und die Studenten zu anderen Attentaten und zur Vernichtung der Juden aufforderte. Er war in allen Punkten geständig. Er erklärte: Ich bin der Autor dieser zwei Manifeste und übernehme die ganze Verantwortung für deren Inhalt.

Das Urteil lautete auf Freispruch, nachdem die Geschworenen mit zwei Stimmen Mehrheit die Frage der Schuld Codreanus verneinten.

Der Staatsanwalt hat Berufung eingelegt, so daß Codreanu vorläufig weiterhin in Untersuchungshaft verbleibt. Das Urteil hat im ganzen Lande ungeheure Bestürzung hervorgerufen.

Erneuerung der antisemitischen Ausschreitungen in Rumänien

Cluj (Klausenburg), 17. August. (JTA.) Die Freisprechung Zelea Codreanus gab anscheinend das Signal zur Erneuerung der antisemitischen Ausschreitungen. In Galaz wurden mehrere Juden durch Mitglieder der Eisernen Garde mißhandelt, ein Student wurde verhaftet. In Kischinew wurden einige jüdische Bürger verprügelt, mehrere Exzedenten wurden verhaftet, aber bald wieder freigelassen. Laut Meldung der Sigurantza haben die antisemitischen Studentenführer Danila und Totu ihren Sitz von Marmarosch nach Bessarabien verlegt; zu ihrer Verhaftung wurden Detektive entstandt. „Adeverul“ teilt mit, daß der Polizeipräfekt von Galaz, Amarescu, wahrscheinlich abberufen wird, weil die Untersuchung ergeben hat, daß er die antisemitische Bewegung aktiv unterstützt.

Trauer- und Gedächtnisfeiern für die Opfer von Hebron und Safed

Eine Trauerwoche der palästinensischen Judenheit

Jerusalem, 13. August. (JTA.) Am Dienstag, dem 12. August, beging die palästinensische Judenheit die erste Jahrzeitfeier für die Opfer der Massakres in Hebron. Am Abend strömten große Massen der Jerusalemer Judenheit in die Hurva-Synagoge, wo der Trauer- und Gedächtnisgottesdienst abgehalten wurde. Unter den Rednern war Oberrabbiner Kook. Die Menge lauschte in tiefster Ergriffenheit.

Es wurde beschlossen, diese ganze Woche als Trauerwoche zu begehen und in den nächsten Tagen überall im Lande Gedächtnisfeiern abzuhalten. Die Trauerwoche wird am ersten Jahrzeittage für die Opfer der Safeder Tragödie (in Safed begannen die Masakers bekanntlich sechs Tage nach den Jerusalemer Unruhen) beendet sein.

In Tel-Awiw waren am Dienstag, 6 Uhr abends, zum Zeichen der Trauer für die Hebron-Opfer alle Kinotheater und die anderen Lustbarkeitsstätten geschlossen worden.

Arabischer Generalstreik am Jahrestage des Ausbruchs der Unruhen

Der Proteststreik wird sich auch gegen die Begnadigung Urphalis richten

Jerusalem, 14. August. (JTA.) Die Arabische Exekutive hat beschlossen, für den 23. August, dem Jahrestage des Ausbruchs der Unruhen in Palästina, einen allgemeinen arabischen Streik zu proklamieren. Der Proteststreik wird sich gemäß Beschluß der Exekutive auch gegen die Begnadigung des Juden Joseph Urphali richten. Es verlautet, daß die Exekutive sich zu dieser Demonstration entschloß, weil an ihrem angeblich schwächlichen Verhalten in der Frage der Begnadigung Urphalis seitens der extremen arabischen Nationalisten und der arabischen Presse scharfe Kritik geübt wurde. (Die Judenheit Palästinas hat den Jahrestag des Ausbruchs der Unruhen als Trauer- und Gedächtnistag nach dem jüdischen Kalender bereits begangen.)

Personalia

Albert Spaeth, im isr. Pensionat Kaulbachstraße, ein alter Münchener, begeht am 24. August den 70. Geburtstag. Spaeth ist in Sängerkreisen sehr bekannt. Seit seinem 10. Jahr wirkt er im Synagogenchor mit, im jüdischen Gesangverein ist er seit Gründung Notenwart. Möge er sich seines guten Humors und guter Gesundheit noch lange erfreuen.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Schekelaktion 5690. Die Schekelaktion muß am 31. August beendet werden. Sämtliche Schekelblockinhaber werden daher dringend aufgefordert, die gesammelten Schekelgelder und die Schekelblocks sofort im Ortsgruppenbüro, Herzog-Rudolf-Straße 1, abzuliefern.

Verein Talmud-Thora-Schule, München. Es wird bekanntgegeben, daß der Unterricht an der Talmud-Thora-Schule, Klenzestraße 34, am 1. September vormittags 9 Uhr beginnt. Neueinschreibunwerden am 1. und 2. September von 11 bis 12 Uhr vormitags entgegengenommen. Der Vorstand.

Gesamtausschuß der Ostjuden, München. Familie Feldherr und Iram und Frau gratulieren zur Hochzeit Kraus-Landau 2.—. Familie Kronhauser gratuliert Familie H. Rosenthaler und Familie D Eisenberg zur Barmizwoh ihres Sohnes 2.—.

Deutsches Theater. Hans Gruß macht uns den Abschied vom Varieté schwer durch ein ganz hervorragendes Programm, das zur Zeit über die Szene geht. Als Hauptattraktion die drei weltberühmten Fratellinis, Clowns der alten Schule, Meister eines von Herzen kommenden und zu Herzen gehenden Humors! Dies ist Schule Grock, ohne ihn im mindesten zu kopieren; sein Schatten steht hinter diesen ganz echten, ganz klassischen Artisten. Ein Jammer, daß diese Generation im Aussterben ist! Und der Tonfilm drängt heran...

R. Gü.

Keren Kajemeth Lejisrael

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912
Zentrale für Deutschland, Berlin W 15 Meinekestraße 10

Spendenausweis des Nürnberger Büros

vom 15. August 1930

Spendenbuch: Herr Emil Bader anl. seiner Verlobung 10.—.

Allgem. Spenden: Herr und Frau J. Fuld (Gießen) anl. ihrer Vermählung 25.—; Fam. Metzger zum Tode des Herrn Carl Metzger 10.—.

Goldene-Buch-Eintragung Lord Balfour: es gratulieren zur Hochzeit Nußbaum-Sutra: Schalom Schapira und Frau, Oberlehrer Heß je 2.—; Fam. M. Pinkesfeld, Heinrich Engel je 1.—; Fam. Radoschitski 1.— = 7.—.

Wertzeichen: Hans Stein 10 Bausteine gesammelt 5.—; Heinrich Kalter für 1 Balfour-Bild 1.—; Dr. M. Nußbaum 1 Tel.-Form. 1.—; Oberlehrer Heß 1 Tel.-Form. —.50; Paul Hamburger 1 Tel.-Form. —.50; Heinemann und Jacoby 1 Tel.-Form. zusammen —.50.

Büchsen: J. Pachter 7.—; Aufochs 6.09; Paul Hamburger 5.56; Ida Dormitzer 6.64; D. Altmann 4.75; Ludwig Gutmann 3.30; Zapun 3.—; Dr. J. Weinschenk 3.—; 12 Büchsen unter 3 RM. = 17.15 = 56.49. Summa: 116.99.

Seit 1. Oktober 1929 aufgebracht 6976.08 RM.

* * *

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.